

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Neudruck Dresden.
Verlagsredaktion: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung (bei Haus 1,50 Goldmark, Postbezugspreis für Monat März 3 Goldmark, Einzelnummer 10 Goldpennig).
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg., Zusat. Nachträge gegen Vorbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Truck u. Verlag von Neudruck & Reichardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Dr. Jarres bietet die Hand zur Einigkeit am Rhein

Schluß mit dem Verjäckungsschwindel! — Erhebende nationale Kundgebung in Köln. Erneute Verschärfung des preußischen Konflikts. — Die Wirtschaft zur Aufwertung. — Bisher 51 Todesopfer der Katastrophe in Lothringen.

Kurze Ansprachen des erkrankten Kandidaten

Köln, 27. März. Die vom Reichsblock heute abend in der großen Messehalle abgehaltene Versammlung gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung. Alle verfügbaren Plätze waren besetzt, und viele Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden. Auf der Empore grüßte vor einer schwarz-weiß-roten Fahne die Bände Bismarcks, Rechtsanwalt Dr. Hommelshausen in seiner Begrüßungsansprache mit, daß Dr. Jarres, der um 5 Uhr in Köln angekommen sei, wegen harter Fieberzeit sofort einen Arzt habe aufsuchen müssen. Er werde deshalb nur kurz sprechen können. Als erster Redner sprach sodann, herzlich begrüßt, der deutsch-nationale Abgeordnete

Staatsminister a. D. Ballraf.

Er führte u. a. aus: Der nächste Sonntag heißt Judika und Judika heißt richten. Das deutsche Volk soll richten über das, was ihm seit Jahr und Tag geschehen ist, und über das, wie seine Zukunft auszuweisen hat. Vor drei Wochen auf unserem hier abgehaltenen Parteitag stellten wir den Grundsatß auf, daß für die Reichspräsidentenwahl ein Mann aufzutreten sei, der hinwegsehen und hinweghandeln kann über die engen Gedanken der eigenen Partei, ein Mann, der in aristokratischem, nationalem, sozialem Geist die Wiedergeburt seines Volkes will, und nicht zuletzt ein Mann, der erkennt, daß Deutschland nur dann eine große Zukunft hat, wenn es die große eigene Vergangenheit achtet und ehrt. Allen diesen Forderungen wird Dr. Jarres gerecht. Eine Mehrheit von Parteien, zahlreiche Verbände haben ihn auf den Schild gehoben, und wenn das deutsche Volk ihn wählt, so kann es sicher sein, daß er sich als Vertreter, als Vater, Fürsprecher und Sachwalter des ganzen Volkes fühlen wird. Jarres ist ein innerlich vornehmer und doch schlichter und einfacher Mann. Er erkennt und prüft die Menschen, und denen, die er erkannt hat, hält er die Treue, und weil wir Herrn Dr. Jarres erkannt haben, deshalb sei auch ihm unsere Treue zugesichert. Darauf betrat Dr. Jarres unter körmischer Begrüßung das Podium. Dr. Hommelshausen entbot Jarres den Willkommen der Versammlung und bat ihn, diese auch anzusehen als eine Vertrauenskundgebung der weitesten rheinischen Kreise.

Rechtsanwalt Vaterkodi (Wirtschaftspartei) wies die Angriffe zurück, die in konfessioneller Hinsicht gegen Jarres erhoben worden sind. Unter körmischer Zustimmung der Versammlung erklärte er: Man kann ein antier Katholik sein und braucht deshalb nicht Zentrumsmann zu sein (körmische Zustimmung), und man kann ein antier Katholik sein und Zustimmung), und man kann ein antier Katholik sein und kann Jarres und braucht nicht Marx zu wählen. Die Kamerader beleihe nicht deshalb, weil Marx Katholik ist, sondern aus dem Grunde, weil Marx der Repräsentant der Weimarer Koalition ist und weil er nicht gewillt ist, von dieser Koalition mit der Sozialdemokratie abzubrechen. Das ist etwas, was das deutsche Volk nicht mehr mitmachen kann und wie ich hoffe, nicht mehr mitmachen will.

Oberbürgermeister Dr. Jarres,

der darauf zum Rednerpult trat, konnte minutenlang wegen des brausenden Jubels der Versammlung nicht zu Worte kommen und was er dann sprach, waren infolge seiner Erkrankung nur wenige Worte.

Deutsche Männer und Frauen! Sie hören, wie es mit mir steht. Ich bin vollkommen fertig. Eine Grippe, die mich unterwegs auf der ohnehin anstrengenden Fahrt überfallen hat, hat mir das letzte von Stimme noch genommen, und so muß ich Sie bitten, von Ausführungen aus meinem Munde Abstand zu nehmen. Wie brennend gern hätte ich gerade in diesem Kreise in der rheinischen Heimat etwas gesagt, wie es mir ums Herz ist, aber es geht nicht. Ich muß meinen lieben Freund und Mitbegleiter, den Abgeordneten Dr. Spiekernagele bitten, für mich in die Kreise zu treten, um Ihnen kurz zu sagen, was wir zu sagen haben. Nehmen Sie von mir meinen aus tiefstem Herzen kommenden Dank für die überwältigende Aufnahme, die Sie mir heute abend bezeugen, eine Aufnahme, die würdig sich anschließt an die Aufnahmen, die wir überall gefunden haben. Nehmen Sie rheinischen Gruß aus rheinischem Herzen an rheinische Herzen. Glauben Sie, daß ich von ganzem Herzen und ganzer Lebensauffassung mit allem, was ich bin, der Ihre bin und sein möchte.

Abg. Spiekernagele,

der dann das Wort erhielt, erläuterte das Programm Dr. Jarres', das sich zusammenfassen lasse in die Parole: Erneuerung des deutschen Staates auf nationaler, kritischer und sozialer Grundlage. Zu den niedrigen demagogischen Angriffen wegen der Verfassungskritik, die ein Eingeständnis der Ohnmacht der Gegner seien, irgendwelche anderen Angriffspunkte an dem nationalen Kandidaten Jarres zu finden und die Dr. Jarres schon im Herbst vorigen Jahres in einer Artikelserie der „Kölnischen Zeitung“ so zurückgewiesen habe, daß alle, die sehen und urteilen wollten, diesen Kampf für aussichtslos ansehen müßten, führte der Redner u. a. aus: Nachdem Dr. Jarres den Gegnern des öfteren hatte lagen lassen: „Um des Rheinlandes willen habe ich lange Zeit geschwiegen, politische Ehre und persönliche Ehre und auch die allgemeine nationale Sache werden es mir auf die Dauer unmöglich machen, zu diesen Dingen zu schweigen.“ Und die Angriffe wieder und wieder erfolgt in der provozierenden und höhnischen Form. Als dann endlich Herr Jarres in Hamburg in schlagender Weise diese Angriffe zurückwies und sich dabei genötigt sah, auch Dinge aus jener Zeit zur Klärung des Bildes und dieses Falles öffentlich bekanntzugeben, da wurde gesagt, daß er die Schuld an diesen Auseinandersetzungen trage.

Das ist der Gipfelpunkt politischer Verheerung. (Lebhafte Zustimmung.) Die Ausführungen, die Dr. Jarres in Hamburg gegenüber den Angriffen der Verfassungskritik gemacht hat, beruhen, wie ich hier in seinem Auftrage und mit seinem Einverständnis zu erklären habe, auf amtlichem Material und amtlichen Stenogrammen. Wir müssen im Interesse des gesamten Rheinlandes, und damit spreche ich auch einen Wunsch von Dr. Jarres aus, der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Diskussion über diese Dinge geschlossen werden kann und daß man sich in Zukunft hüten wird, Herrn Dr. Jarres mit solchen Angriffen zu kommen. Wir nehmen das Wort des Sozialdemokraten Gräßner auf: „Hände weg von Jarres“. Es ist hier in Köln neulich das Wort gefallen, daß der Kampf um den Rhein noch nicht gewonnen sei gegenüber der Ueberzeugung, die Dr. Jarres in sich fühlt, daß dieser Kampf dann gewonnen ist für immer, wenn alle Parteien und alle Lager im Rheinlande einig zusammenschließen dafür, daß die Rheinlande unlösbar zum Reich und zu Preußen gehören müssen.

Wir lassen nicht zittern an den staatlichen Verhältnissen unserer rheinischen Heimat. Sie bleibt beim Reich und bei Preußen.

Wer auch nur mit dem Gedanken einer Auflösung des Rheinlandes von Preußen spielt, der erweist sich jenseits der Grenzen neue Hoffnungen und zögert damit den Frieden hinaus.

Zum Schluß der Versammlung ergriff

noch einmal Dr. Jarres das Wort

und führte aus: Meine lieben rheinischen Freunde! Ich bin Herrn Dr. Spiekernagele sehr dankbar dafür, daß er für mich hier eingetreten ist und Ihnen das gesagt hat, was ich so gern zu Ihnen gesprochen hätte. Es liegt für mich ein gewisser Verzicht darin, daß ich mich nicht selbst habe wehren und verteidigen können gegen die ungläublichen Angriffe, die gerade aus der Kölner Gegend gegen mich gerichtet worden sind. (Phuruse.) Deshalb lege ich Wert darauf, hier noch einmal zu sagen: Was ich behauptet habe in Hamburg und in München, ist bekräftigt worden, und es ist doch wahr. Der Beweis dafür liegt jeden Augenblick für Parteiliche zur Verfügung. Wahr ist das, was gesagt worden ist, aber wir wollen es nicht ausbeuten. Deshalb nicht, weil wir gewisse Anzeichen dafür haben, daß auf der Seite derjenigen, aus deren Reihen die Angriffe kommen, doch allmählich sich die Ueberzeugung Bahn bricht, daß es richtig ist, sie aufzugeben und wohl auch geschickenes Unrecht einzuzugestehen.

Deshalb fort mit diesem furchtbaren Spieß heimlicher Zwitterkraft. Wir sind, und ich für meine Person bestimme das, in dieser feierlichen Stunde, wir sind bereit, mit jedem Landsmann, welcher politischen Richtung er auch sein möge, zusammenzugehen zur Verteidigung unseres Rheinlandes und zur Wiedergewinnung seiner Freiheit. Uns sollen politische Gegensätze nicht trennen.

Es gab eine Zeit, wo es glückte, die Kameradschaft unter den Parteien zu halten. Wir sind zu dieser alten Kameradschaft weiter bereit. Ich bitte Sie, zum Schluß dieser schönen feierlichen Veranstaltung sich zu erheben und unserer Vaterlandes zu gedenken. Dr. Jarres brachte ein Hoch auf das deutsche Vaterland aus und die Versammlung sang lebend das Deutschlandlied.

Dr. Jarres über die sächsische Wirtschaftslage.

In Stuttgart hat Dr. Jarres mit dem Vertreter eines sächsischen Blattes eine Unterredung gehabt, in der er auf

die Frage der Ausfuhr

einging, die für die Bevölkerung des sächsischen Industrielandes von größtem Interesse ist. „Ich glaube wohl“, erklärte Dr. Jarres, „daß ein erhöhter Export möglich ist, und erkenne an, daß besonders Sachen aus dem Export angewiesen ist, wie kaum ein anderer Staat im Reich. Die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten kann dauernd nur dann gehoben werden, wenn wir mehr exportieren und darum mehr kaufen können. Die so dringend nötige Fürsorge für die Arbeiterschaft, die man schließlich als das soziale Problem der Gegenwart bezeichnen kann, erfordert, daß unserer Arbeit die Wege in die weite Welt freigemacht werden. Hierbei wird die Regierung in hervorragender Weise mitarbeiten können und müssen, nicht nur durch Handelsvertragsverhandlungen, sondern auch durch

eine mögliche Entlastung unserer Wirtschaft und durch

Abnahme von Kreditmöglichkeiten.

Voraussetzung ist aber, daß sowohl die Arbeiter als auch die Arbeitgeber erkennen, daß nicht ein Gegenüberanderarbeiten, sondern nur ein Miteinanderarbeiten zum Ziele führen kann. Besondere Berücksichtigung müssen auch die Mittelklassen unseres Volkes beim Aufbau unseres Wirtschaftslebens finden. Es sind auch bereits, soweit ich unterrichtet bin, Maßnahmen eingeleitet worden, die dem Kreditbedarf des gewerblichen Mittelstandes entgegenkommen sollen, soweit es unsere Finanzlage gestattet. Ich will besonders betonen, daß die Fürsorge für die Weimarer Wirtschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Dauerhaltung unserer Verwaltung ist. In dieser Fürsorge wird es, soweit es bei mir liegt, ganz gewiß nicht fehlen.

Ein lebensfähiger Mittelstand ist ein Hauptstücker

des Staats- und Volkslebens.“ Dr. Jarres betonte dann nochmals unter Bezug auf die Fragen, die jetzt für ihn im Vordergrund stehen, daß er eine Kandidatur für die Präsidentschaft nicht angenommen hätte, wenn sie ihm als ausgesprochene Parteikandidatur angeboten worden wäre.

Der Sieg des Rechtsstandpunktes in der Aufwertungsfrage.

Wie wenig auch die Regierungsvorlage über die Regelung der Aufwertung verhältnismäßig bieten mag, der große grundsätzliche Fortschritt, der darin enthalten ist, darf keinesfalls verkannt werden. Er besteht darin, daß der Standpunkt des Rechtes gegenüber der sogenannten sozialen Lösung das Feld behauptet hat. Die Reichsregierung hatte ursprünglich sich nur zu der „sozialen“ Auffassung bekannt, kraft deren den „besonders notleidenden Elementen“ ein bloßes Almosen in den Schoß geworfen werden sollte. Dieser Anschauung traten aber die Geschädigten von vornherein mit allem Nachdruck entgegen, und ihre Bewegung fand einen starken Rückhalt in der Autorität des höchsten deutschen Gerichtshofes. Der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts hatte nämlich am 28. November 1923 eine Entscheidung getroffen, die dem Schuldner die Befugnis absperrte, eine in besserem Gelde begründete Schuld in entwerteter Papiermark abzutragen und daraufhin die Forderung einer Hypothek zu fordern. Gestützt war dieses bemerkenswerte Erkenntnis, das dem Fortwandel der staatlichen Rechtsfaktoren auf einer verhältnismäßig vollen Bahn Einhalt gebot, auf den großen Grundtat von Treu und Glauben, ohne den keine ihres Namens würdige Rechtsordnung bestehen kann. Darum darf der Gesetzgeber nicht ein Ergebnis, das Treu und Glauben gebietet, fordern, durch sein Nachwort vereiteln. In diesem Sinne erließ auch der Richterverein des Reichsgerichts eine Kundgebung, die sich mit eindringlichen Worten gegen jede anderartige Behandlung der Sache wandte. Mit der Entscheidung des Reichsgerichts war zugleich der Weg für die Erledigung der gesamten Aufwertungsansprüche gewiesen; denn was dem Hypothekengläubiger recht war, mußte allen übrigen Gläubigern, die sich in ähnlicher Lage befanden, billig sein. Ueber das Maß der Aufwertung äußerte das genannte Reichsgerichtsurteil sich dahin, daß die Folgen der Geldentwertung auf den Gläubiger und Schuldner angemessen zu verteilen seien, dem Gläubiger daher in der Regel keine volle Umwertung auf dem Goldfuß zu zukomme. Der deutschen Justiz ist es demnach in erster Linie zu verdanken, daß mit der Schieberweisheit: „Markt ist Markt“ gebrochen und den durch diese Unmoral Geschädigten an Stelle eines „sozialen“ Almosen ein Entschädigungsrecht zuerkannt wurde. Dieser am Anfang der Aufwertungsabewegung stehende Markstein, der die Inskript trägt: „Treu und Glauben durch die deutschen Richter geschützt!“, darf nicht in Vergessenheit geraten.

Die 3. Steuernotverordnung, in der die Reichsregierung zum ersten Male das Problem in einer über die Almosen-gewährung hinausgehenden Form in die Hand nahm, hatte den grundlegenden Fehler, daß eine Anerkennung der alten Reichsschulden nicht ausgesprochen und die Vereinfachung ihrer Tilgung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Kräftigung Deutschlands nicht erklärt wurde. Die Verordnung ging sogar noch weiter und befreite nicht nur das Reich, sondern auch die Länder und die Gemeinden von der Verpflichtung, ihre alten Reichsmarkanteile zu verzinsen und zu tilgen; denn etwas anderes bedeutete die Aussetzung des Anteilbestandes bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen tatsächlich nicht. In dieser Hinsicht hat ja nun die jetzige Regierungsvorlage Wandel geschaffen, wenn auch über das Ausmaß der Aufwertung sich noch mancherlei Streit erheben dürfte. Auch bleibt es zu prüfen, ob der völlige Verzicht auf die subjektive Bewertung des Einzelfalles durch die von der Regierung gegebene Begründung — Befreiung einer Kreditperre wegen der dadurch hervorgerufenen Unsicherheit — genügend gedeckt erscheint, sowie ferner, ob der für die rückwirkende Kraft der Vorlage gewählte Grenztermin geeignet ist. Bei der Rückwirkung handelt es sich um die für viele Kreise sehr bedeutungsvolle Frage, ob die Aufwertungsbestimmungen auch auf diejenigen Rechtsverhältnisse Anwendung finden sollen, die innerhalb eines gewissen Zeitraumes vor dem Inkrafttreten der 3. Steuernotverordnung in Papiermark getilgt worden sind. Die 3. Steuernotverordnung hatte einen Rücktritt auf diese an sich erledigten Fälle nur dann für möglich erklärt, wenn sich der Gläubiger keine Rechte vorbehalten hatte. Diese Regelung hat sich in der Praxis als unbefriedigend herausgestellt. Einmal bietet sie breiten Spielraum zu Streitigkeiten darüber, ob ein Vorbehalt anzunehmen ist oder nicht, und sodann sind zahlreiche Fälle vorgekommen, in denen Gläubiger, unter dem drückenden Eindruck des damaligen Regierungsstandpunktes, daß auf eine Aufwertung nicht zu rechnen sei, von ihren Schuldnern Beträge als volle Leistung angenommen haben, die nur einen lächerlichen geringen Bruchteil der in Gold bargeliehenen Summe ausmachten. Das hat eine tiefgehende Erbitterung verursacht. Um diese schuldlos Entrechteten nicht völlig leer ausgehen zu lassen, muß unbedingt eine Rückwirkung bis in die Zeit hinein, wo die ersten Wafferrückzahlungen von Hypothekentilgung stattfanden, ausgesprochen werden. Andernfalls würden gerade diejenigen Schuldner, die am fruchtlosesten gehandelt haben, am besten davonkommen. Die Vorlage hat als Stichtag den 1. Januar 1923 gewählt. Im Aufwertungsausschuß war aber